



Bettina M. Wiesmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Bettina M. Wiesmann MdB: „Klimaproteste der Schüler waren wichtiges Signal. Politik wie Schülerschaft müssen nun ihre Hausaufgaben machen. Die Klassenräume dürfen nicht leer bleiben.“

Berlin/Frankfurt am Main, 15.03.2019

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 79552

Fax: +49 30 227 70554

Wahlkreisbüro

Kurt-Schumacher-Straße 30-32

60313 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 153 099 183

Bettina.wiesmann@bundestag.de

www.bmwiesmann.de

Seit Greta Thunberg im August 2018 mit einem Schulstreik für den Klimaschutz protestierte, haben sich ihr Schüler und Studenten auf der ganzen Welt angeschlossen. Bei den "Fridays for Future" streiken seit Dezember 2018 auch Schüler in Deutschland. Hierzu Bettina M. Wiesmann MdB (CDU), Bundestagsabgeordnete für den Frankfurter Norden, Osten und Süden:

"Mit den Klimaprotesten haben Schüler weltweit und in Deutschland gezeigt, dass sie politisch denken und handeln können. Das ist gut so: Das Signal wurde gesetzt, verstanden und aufgenommen. Nun sollten Expertengespräche folgen und alle Beteiligten ihre Hausaufgaben machen. Weitere Schulstreiks dienen dem Klima nicht", so Wiesmann, die erst Ende Februar zum Bürgergespräch mit Dr. Anja Weisgerber, Beauftragte für Klimaschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Prof. Andreas Mulch, stellv. Direktor der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung, zum Thema Klimaschutz eingeladen hatte.

"Junge Menschen wollen die Zukunft unseres Landes mitgestalten, das spricht allen Hohn, die glaubten, die Jugend sei unpolitisch und desinteressiert. Als Politik sind wir gefordert, Entscheidungen stärker als bisher im Hinblick auf ihre langfristigen Folgen zu treffen. In der Klimapolitik mit ihren Komponenten Energie, Verkehr, Bau, Industrie und Landwirtschaft gilt dies ebenso wie bei der Gestaltung unseres Sozialstaats und dem Umgang mit öffentlichen Mitteln. Wir haben eine große Verantwortung für die kommenden Generationen. Allerdings müssen wir Einflussmöglichkeiten und Maßnahmen realistisch beurteilen. Im Klimaschutz wird in Frankfurt, Hessen und Deutschland nicht wenig getan; entscheidende Stellschrauben liegen aber in anderen Ländern, bei der EU und den Vereinten Nationen", führt Wiesmann aus.

„Deshalb müssen jetzt Expertengespräche folgen, natürlich auch mit den protestierenden Schülern und Bürgern, so wie von der CDU-Fraktion im Römer angeboten. Natürlich stehe ich als Bundestagsabgeordnete dafür zur Verfügung. Umgekehrt müssen die Streiks jetzt ein Ende finden. Ziel der Proteste war schließlich kein verlängertes Wochenende, sondern auf die Politik einzuwirken und Menschen für den Umwelt- und Klimaschutz zu sensibilisieren. Denn ressourcenschonendes Handeln im Alltag muss



den Umwelt- und Klimaschutz auf allen politischen Ebenen flankieren“, fährt Wiesmann fort.

"Es ist eine gute Nachricht, dass die Bundesregierung ein Klimakabinett bilden wird, um die rechtlich verbindliche Umsetzung der Klimaschutzziele für das Jahr 2030 vorzubereiten. Die gesetzlichen Regelungen dazu werden in diesem Jahr verabschiedet“, so Wiesmann abschließend.